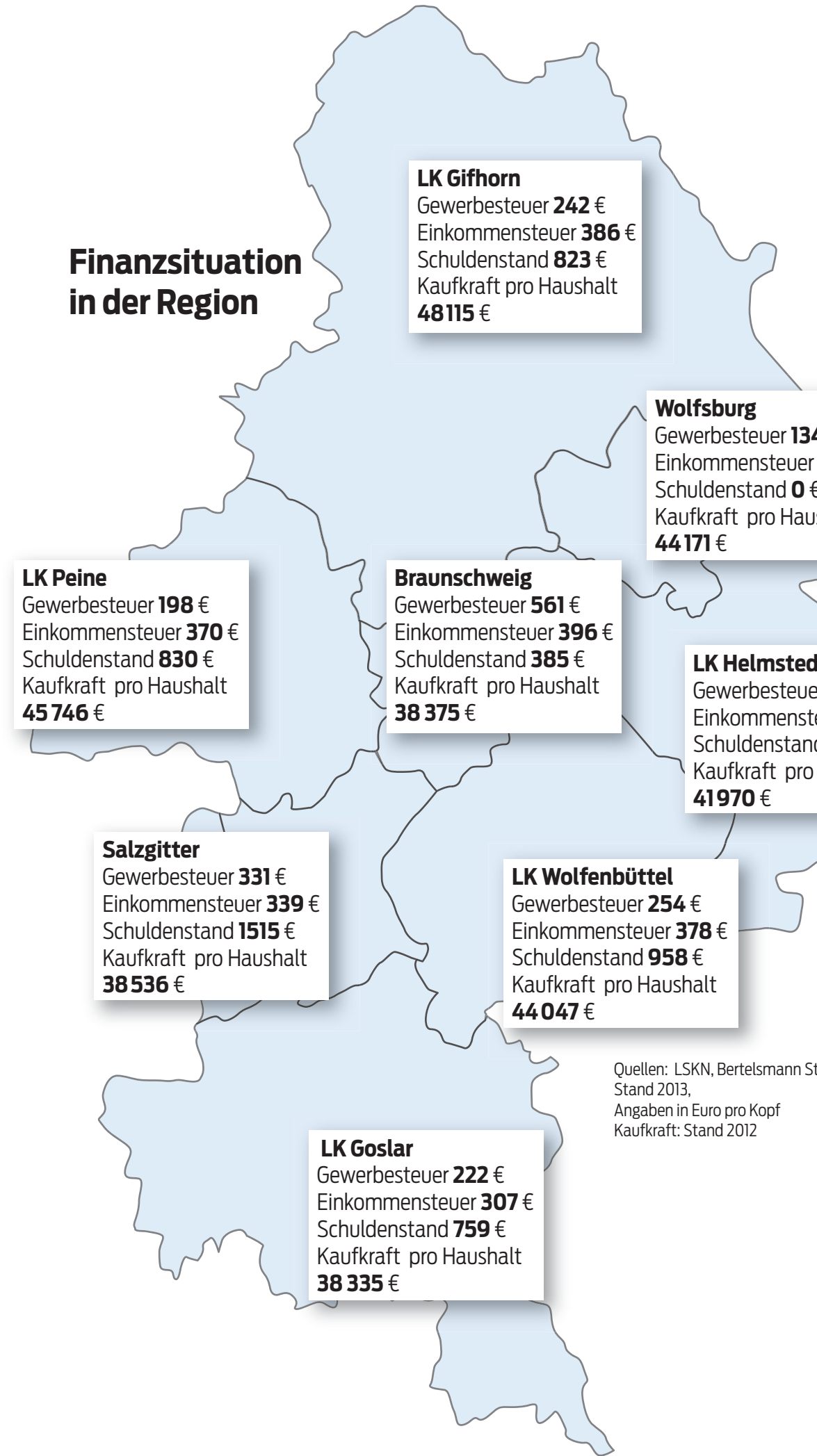




Das neue Bogumil-Gutachten. Die Fusions-Debatte ist um ein weiteres Kapitel reicher. Andre Dolle erklärt, was der Bochumer Verwaltungswissenschaftler Jörg Bogumil sich für die Region vorstellt. Thomas Stecher beantwortet eine Frage, die eine mögliche Fusion vob Peine und Hildesheim betrifft. Art Director Erwin Klein (rechts) hat der Seite ein Gesicht gegeben.

Bis 2016 soll der ZGB gestärkt werden, bis 2021

Professor Jörg Bogumil stellte gestern sein Gutachten vor. Bisher gab es zwar sehr viele Vorschläge zur Weiterentwicklung der Region,



Unser Leser Horst Gerike aus Hannover sagt:

Bei der Landesregierung fehlt ein Konzept zur Lösung der Finanzprobleme überschuldeter Kreise oder Kommunen. Ein weiteres Abwarten und eine Beschränkung auf freiwillige Fusionen reichen nicht.

Zum Thema recherchierte Andre Dolle

Braunschweig. Vor gut einem Jahr wurde Professor Jörg Bogumil als Gutach- vom Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) beauftragt. Der Verwaltungswissenschaftler aus Bochum ist ein Kenner unserer Region, bereits 2008 schrieb er ein ausführliches

Gutachten für die IHK Braunschweig und beauftragte eine große verfasste Region Braunschweig samt Regionspräsidenten und Regionsversammlung.

Wie ist die Ausgangslage? Laut Gutachter Bogumil haben sich die finanziellen Probleme insbesondere der Landkreise in unserer Region und auch der Stadt Salzgitter seit 2008 deutlich verschärft.

„Die Region ist von einem dichten Nebeneinander stärkerer und sehr schwacher Kommunen geprägt“, schreibt Bogumil. Auch das führe dazu, dass nahezu alle politischen Akteure eine engere Zusammenarbeit wollen. Hinzu kommt: Seit Anfang 2014 gibt es den Landesbeauftragten Matthias Wunderling-Weilbier (SPD) und mit der

Allianz für die Region einen weiteren Zusammenschluss, der sich auf die Wirtschaftsförderung spezialisiert hat.

Trotz dieser Vorzeichen ist Bogumil der festen Überzeugung, dass eine verfasste Region, die die Landkreise ersetzen soll, auf absehbare Zeit nicht umsetzbar ist. Eine zu große Fläche des Gebietes zwischen Harz und Heide stehe der Erledigung bestimmter Aufgaben entgegen. Die bisher viel zu kleinteiligen Gemeinden würden in solch einer großen Region untergehen, es gibt mit den Großstädten Braunschweig, Wolfsburg und Salzgitter gleich drei Zentren. Beim Vorbild, der Region Hannover, gebe es mit der namensgebenden Großstadt hingegen eine klare Metropole. Der wichtigste Grund, der gegen eine große Region spricht, ist laut Bogumil aber die mangelnde Einigkeit in unserer Region.

Wie arbeiteten die Gutachter?

Der ZGB ist Auftraggeber des Gutachtens. Bogumil und sein Mitarbeiter Marc Seuberlich (ZGB) beauftragt. Der Verwaltungswissenschaftler aus Bochum ist ein Kenner unserer Region, bereits 2008 schrieb er ein ausführliches Gutachten für die IHK Braunschweig und beauftragte eine große verfasste Region Braunschweig samt Regionspräsidenten und Regionsversammlung.

Bogumil wertete Daten aus, analysierte Pendlerverflechtungen, las Zeitungsartikel, bereite die Region, sprach mit Landräten, Bürgermeistern, Wirtschaftsvertretern und Politikern.

Was sind die Kernaussagen?

Bogumil hält eine verfasste Region auf absehbare Zeit für unrealistisch. Den jetzigen Kreisschnitt hält er aber auch nicht für zukunftsfähig. Die Grenze von 150 000 Einwohnern, ab der sich



„Eine Gebietsreform auf Kreisebene in der Region ist unabdingbar.“

Jörg Bogumil, Verwaltungswissenschaftler der Ruhr-Universität Bochum

eine Kreisverwaltung laut Bogumil rechnet, überschreiten in unserer Region nur der Landkreis Gifhorn und die Stadt Braunschweig. Daher kommt er zu dem Schluss: „Eine Gebietsreform in der Region ist unabdingbar.“ Leider will sich Bogumil nicht festlegen, wer mit wem fusionieren soll. Seine Meinung wäre an dieser Stelle interessant gewesen. In dieses Minenfeld will er sich aber nicht begeben.

Schwache Landkreise sind nicht nur ein Problem unserer Region. In ganz Niedersachsen hält der Professor 19 Landkreise oder kreisfreie Städte nicht für zukunftsfähig. Ähnlich kleine Landkreise gebe es nur in Bayern und Baden-Württemberg, allerdings ist die Finanzlage der Kommunen dort deutlich besser.

Drei bis maximal fünf Kreise oder kreisfreie Städte soll es laut Bogumil in unserer Region künftig geben. Werden es nur drei Kreise, hält Bogumil eine große verfasste Region für nahezu ausgeschlossen. „Die wäre dann überflüssig.“

Unabhängig von der Frage, wer mit wem fusioniert, gibt es laut dem Professor aber Aufgaben, die auf regionaler Ebene wahrgenommen werden sollen. Da kommt der ZGB als regionale Klammer ins Spiel. Die Allianz für die Region bietet sich nicht an, da sie zu 50 Prozent in privater Trägerschaft ist, nämlich von VW.

Da der ZGB einen eher technokratischen Namen trägt und durch die nie umgesetzte Regionaltbahn ein negatives Image



Stellten gestern das 156-seitige Gutachten zur Weiterentwicklung des Zweckverbands Großraum Braunschweig (ZGB) und zu unserer Region vor: ZGB-Direktor Henning Brandes (links), Professor Jörg Bogumil, dessen Mitarbeiter Marc Seuberlich und Detlef Tanke, Chef der ZGB-Verbandsversammlung.

Fotos (2): Andre Dolle

Unsere aktuelle Themenbörse

Abonnieren Sie den neuen Antworten-Newsletter!

soll die Kreisreform stehen

aber keine Lösungen. Das Gutachten soll den Durchbruch bringen.

hat, schlägt Bogumil den Namen Regionalverband vor. Eine Direktwahl der Verbandsmitglieder und auch des Direktors hält Bogumil nicht für sinnvoll. Das fordert die SPD, das fordert die FDP, auch die CDU und die Grünen könnten sich wohl damit anfreunden. So soll die Legitimation eines Regionalverbandes bei den Bürgern gestärkt werden. Bogumil aber sagt, dass die Aufgabenfülle, die er in seinem Gutachten empfiehlt, für eine Direktwahl nicht ausreiche. Stattdessen schlägt er vor, die Oberbürgermeister und Landräte automatisch zu Mitgliedern der Versammlung zu machen.

Welche zusätzlichen Aufgaben soll der Regionalverband erhalten?

Bisher ist der ZGB der Aufgaben-träger des Nahverkehrs in unserer Region. Er hat Ende letzten Jahres die Regiobahn auf die Gleise gesetzt. Zudem ist er für die Regionalplanung zuständig, kümmert sich zum Beispiel darum, wo in der Region Windkraft- und Solaranlagen stehen sollen.

Das reicht nicht, sagt Bogumil. Von Braunschweig aus sollen weitere Aufgaben bewilligt werden, die sich zentral besser organisieren lassen als von jedem Landkreis alleine.

Im Bereich Verkehr soll der ZGB, der bereits die Pendlerströme in unserer Region untersucht, zu einem Verkehrsverbund ausgebaut werden. Er soll sich um die Schülerbeförderung kümmern und Projekte von zentraler Bedeutung wie dem Ausbau der Bahnstrecke Weddeler Schleife sowie der A 39 angehen.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung soll die Allianz für die Region weiterhin einzelne Projekte anstoßen, der ZGB wichtige Felder wie ein Gewerbeflächen-Konzept für die Region bearbeiten.

Auch im Bereich der Tourismusförderung soll dem ZGB eine wesentliche Rolle zukommen. Er soll überregional bedeutsame Kultur- und Freizeiteinrichtungen verwalten.

Als weitere Beispiele sei die Trägerschaft sämtlicher Berufsschulen in der Region genannt, außerdem eine Hilfe für Städte und Gemeinden beim Einholen von EU-Fördermitteln. Bogumil:

„Da blickt kaum noch einer durch. So ein Antrag ist hochkompliziert. Das können in der Region vielleicht die Stadtverwaltungen aus Braunschweig und Wolfsburg leisten. Aber sonst?“, fragt Bogumil. Der Landesbeauftragte Wunderling-Weilbier soll weiterhin koordinieren, welche Kommunen Förder-Anträge stellen, der Regionalverband soll helfen, die Antragsreife zu gewährleisten.

Bei der Abfallentsorgung und im Bereich der Krankenhäuser sieht Bogumil keine Aufgabenerweiterung für den Regionalverband. Die Kliniken in der Region sind zum Teil in privater Trägerschaft, lassen sich daher schlecht koordinieren. Für die Abfallentsorgung sei das Gebiet schlicht zu groß. Auch bei den Gesundheits- und Veterinärämtern hält Bogumil unsere Region für zu groß. „Teilzusammenschlüsse sind die bessere Lösung.“

Wie geht es weiter?

Der Professor hat eine klare Vorstellung davon, welche Punkte wann auf der Aufgabenliste abgehakt werden sollten. Das gilt auch für den ZGB. Dessen Direktor Hennig Brandes erklärte gestern: „Bis zum 24. April kann jeder Akteur aus unserer Region seine Meinung zum Gutachten äußern und eigene Vorschläge machen. Am 6. Mai laden wir zum Abend der Region, einen Tag später tagt die ZGB-Verbandsversammlung. Danach wollen wir auf die Landesregierung zugehen.“ Das Land muss einen Regionalverband per Gesetz auf den Weg bringen. Bogumil: „Das sollte noch bis zur Kommunalwahl im Herbst 2016 geschehen.“

Eine Reform auf Kreis- und Gemeindeebene hält Bogumil bis 2021 für realistisch und vor allem für zwingend angebracht. Er begrüßt die Enquete-Kommission, die im Landtag eingerichtet werden soll. Diese solle bis 2018, bis zur nächsten Landtagswahl also, konkrete Vorschläge zu Kreis-Fusionen in ganz Niedersachsen machen. Die Vorschläge sollen bis zur Kommunalwahl im Herbst 2021 umgesetzt werden.

Das komplette Gutachten ist auf www.zgb.de abrufbar.

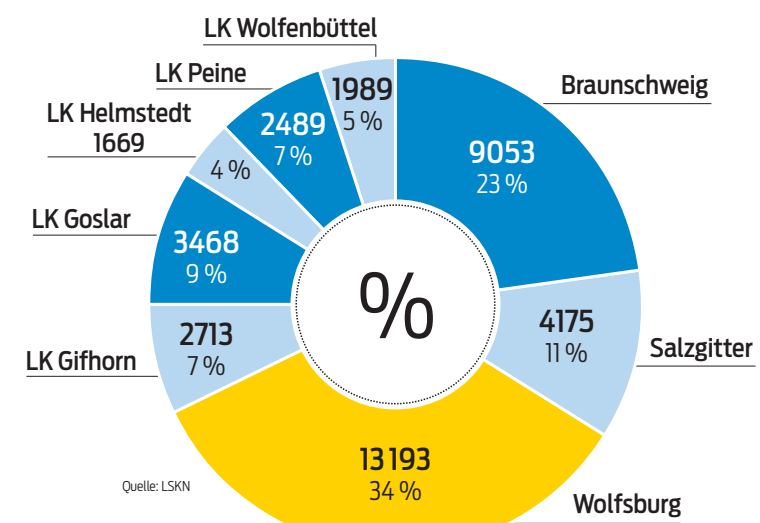
Kreistruktur im Vergleich der großen Bundesländer			
Land	Anzahl	Durchschnittliche Größe (kleinster Kreis – größter Kreis)	
		Einwohner	qkm ²
Baden-Württemberg	35	247 162 (107 866 – 531 013)	986 (519 – 1851)
Bayern	71	125 643 (66 644 – 329 981)	964 (308 – 1972)
Hessen	21	219 389 (96 201 – 404 995)	971 (222 – 1848)
Niedersachsen	38	179 136 (48 670 – 1119 526)	1223 (535 – 2882)
Nordrhein-Westfalen	31	338 454 (134 947 – 613 878)	980 (407 – 1960)
Sachsen	10	274 205 (178 346 – 351 309)	1757 (949 – 2391)

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Stand 31.12.2013

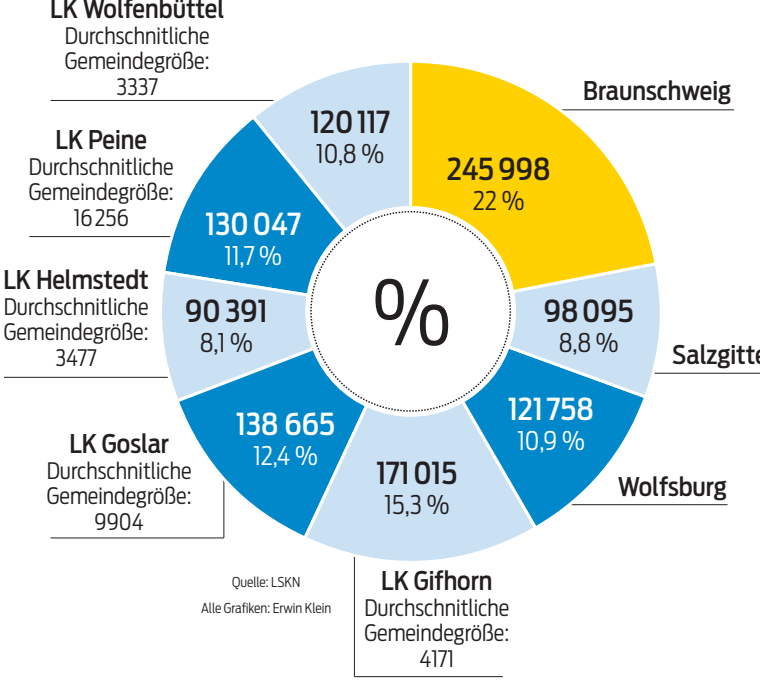
Stellen Sie Ihre Frage

Wir recherchieren für Sie

Bruttoinlandsprodukt der Region in Mio. Euro (2011)



Bevölkerungszahlen und Anteil an der Region



Online-Stimmen unserer Leser zu den Fusions-Überlegungen.

Braunschweig muss Sitz werden

Ich denke nur eine Großregion mit Sitz in Braunschweig wäre eine gute Lösung. Gewisse Aufgaben könnten dann zentralisiert gelöst und Kosten eingespart werden. Die eingesparten Gelder könnten dann zur Verbesserung der Infrastruktur der gesamten Region genutzt werden so das alle Bürger im Braunschweiger Land etwas davon hat.

Stephan Praast

Finanzausgleich neu definieren

Es kann keine Lösung ohne die Bürger geben. Als es die Überlegungen in Gifhorn gab, wurden wir im Papentheil mit massiver Kritik an einer Fusion mit Wolfsburg konfrontiert. Somit muss man realistisch alle Optionen abwägen und dies gemeinsam mit den Bürgern tun, auch wenn es am Ende Lösungen gäbe, die der Politik missfallen. Zudem muss der kommunale Finanzausgleich neu definiert werden, um Kommunen, die deutlicher unter dem demografischen Wandel leiden, zu entlasten.

Christoph Kasper

Helmstedt ist nicht pleite

Also der Landkreis Helmstedt ist zwar finanziell nicht so gut aufgestellt, aber nicht wirklich pleite.

Allerdings sind dank der einfallslosen Politik der rot-grünen Mehrheit im Kreistag keine Anstrengungen zur Eigenerschuldung zu erwarten.

Kheda Raec

Mehr Beteiligung ist erforderlich

Es wurden in Wolfsburg und im Kreis Helmstedt Bürgersprechstunden durchgeführt, Ratsbeschlüsse gefasst und so weiter. Dann kam die Landesregierung und auf einmal interessiert die Bürgerbeteiligung und die Bürgermeinung niemanden mehr. Wen wundert es da, wenn die Politikverdrossenheit der Menschen immer größer wird. Gerade hier wird wieder deutlich, wie wenig unsere Meinung die Politiker da oben interessiert. Weiterhin finde ich es skandalös, dass im Kreis Helmstedt eine Wahl des Landrats verhindert wird und wir bei diesen wichtigen Entscheidungen ohne Landrat da stehen.

Michael Peters

Wir zahlen am Ende drauf

Ob das Hinzukommen einzelner Landkreise wirklich eine positive Lösung darstellt, sehen wir dann. „Wir“ dürfen eh nur zum Schluss gegebenenfalls ein paar Euros drauflegen.

Jan Rabe

Sie wollen schon heute wissen, was morgen Thema in unserer Zeitung wird? Abonnieren Sie unseren kostenlosen Antworten-Newsletter. Per E-Mail erfahren Sie, welche Themen auf den Antworten-Seiten stehen sollen. Dazu können Sie uns dann Ihre Fragen schicken. Melden Sie sich einfach an unter <http://bit.ly/1xTDROd>

Wer handelt, kann länger im Amt bleiben

Ein Gesetz von 2013 ist die Grundlage. Ein Leser kritisiert den Peiner Landrat dafür.

Unser Leser Norbert Troska aus Peine fragt:

Ist es legitim, wenn der Peiner Landrat seine Amtszeit eigenmächtig verlängert, um einen Zusammenschluss mit dem Kreis Hildesheim gegen den mehrheitlichen Willen der Bürger durchzusetzen? Und welchen Vorteil hat der verschuldete Kreis Peine, wenn er sich mit dem hochverschuldeten Kreis Hildesheim zusammenschließt?

Die Antwort recherchierten Thomas Stecher und Andre Dolle

Peine. Tatsächlich ist die zweijährige Amtszeitverlängerung des Peiner Landrats Franz Einhaus um zwei Jahre bis Ende Oktober 2016 im Zusammenhang mit dem Fusionsprojekt erfolgt. Einhaus (60) hat sich den Zuschlag aber nicht eigenmächtig genehmigt.

Grundlage ist das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz, Paragraf 80. Demnach kann ein Kreistag auf der Grundlage eines Beschlusses zur Aufnahme von Fusions-Verhandlungen mit einer anderen Kommune auf eine erforderliche Wahl des Hauptverwaltungsbeamten für längstens zwei Jahre nach dem Ablauf der Amtszeit vorläufig verzichten. Dem entsprechenden Antrag der rot-grünen Mehrheitskoalition hat der Peiner Kreistag schließlich am 22. Oktober 2013 mehrheitlich bei einer Enthaltung zugestimmt. „Der Landrat soll unbelastet von möglichen Wahlterminen arbeiten können“, begründete SPD-Chef Günter Hesse den Antrag. Heiko Sachtleben von den Grünen sagte, dass durch den Wegfall der Landrats-Wahl 2014 obendrein eine Menge Kosten gespart würden. Die politischen Gegner wiederum beklagten einen „Ausverkauf der Demokratie“. Die Gesetzesgrundlage war Ende 2013 unter Niedersachsens In-

Bogumil: Fusion der Kreise Peine und Hildesheim wäre Nottlösung

Die Frage nach den Vorteilen ist umstritten. Der Verwaltungswissenschaftler Professor Jörg Bogumil hält eine Fusion der beiden Landkreise Peine und Hildesheim für den absolut falschen Weg. „Die beiden wären nicht zukunftsfähig“, sagte er gestern bei der Vorstellung seines Gutachtens zur Stellung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig und der Region. Bogumil erklärte, dass es zwischen den beiden Landkreisen kaum Verflechtungen gebe. „Nur drei Prozent der Peiner pendeln nach Hildesheim.“ Zwischen den beiden Kreistädten gebe es noch nicht einmal eine Zugverbindung.

Detlef Tanke, Chef der ZGB-Verbandsversammlung und SPD-Generalsekretär in Niedersachsen, ließ gleichfalls durchblicken, dass er eine Fusion Peine-Hildesheim nicht für zielführend hält.



Peines Landrat Franz Einhaus (SPD). Archivfoto: Rudolf Fientje